

**V-16** Jetzt erst recht: Glyphosat und Bienenkiller Neonikotinoide vom Acker holen!

Antragsteller\*in: Martin Häusling (Schwalm-Eder KV)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Modifiziert

- 1 Mehr als zwei Jahren haben wir Grüne Seite an Seite mit vielen zivilgesellschaftlichen  
2 Organisationen und engagierten Bürgern gegen die erneute Wiederzulassung von  
3 Glyphosat  
4 gekämpft. Am 27. November 2017 hat Noch-Landwirtschaftsminister Christian Schmidt  
(CSU) mit  
5 seiner eigenmächtigen Zustimmung Deutschlands dafür gesorgt, dass der weltweit und  
6 am  
7 häufigsten verwendete Pestizid-Wirkstoff fünf weitere Jahre auf Europas Äckern  
8 versprüht  
9 werden darf. Das ist zweifellos ein Skandal. Dennoch haben wir in den  
10 Auseinandersetzungen  
11 um den Wiederzulassungsprozess des Ackergiftes politisch viel erreicht.  
12 Millionen Menschen in Deutschland und ganz Europa haben Petitionen unterschrieben,  
13 sich an  
14 Aktionen beteiligt, Fragen gestellt und sich mit dem Selbstbild einer Landwirtschaft  
15 auseinandergesetzt, die das Versprühen von Gift auf künftigen Lebens- und  
16 Futtermitteln für  
17 eine nicht zu kritisierende Selbstverständlichkeit hält.  
18 Die „Causa Glyphosat“ hat vielen Menschen zudem deutlich gemacht, in welch  
19 erheblichem Maße  
20 die Bundesregierung und ihre Behörden Einfluss auf europapolitische Entscheidungen  
21 nehmen  
22 oder selbst zu verantworten haben.  
23 All das ist uns Grünen Ansporn, jetzt erst recht dranzubleiben und konkrete  
24 Ausstiegspläne  
25 für Glyphosat und besonders problematische Pestizide einzufordern. Dazu zählen das  
26 vollständige Verbot aller Neonikotinoide, die Insekten, Vögel und Kleinlebewesen  
nachweislich besonders schwer schädigen, sowie von Pestiziden mit  
hormonschädigenden  
Eigenschaften.  
Auf diesem Weg haben wir bereits viel erreicht: Trotz erneuter Genehmigung wurde der  
agrochemische Kassenschlager Glyphosat nur für fünf statt der ursprünglich geplanten  
fünfzehn Jahre zugelassen. Auf Initiative der Grünen hat das Europaparlament einen  
Ausstiegsbeschluss bis Ende 2022 gefasst, der, wären EU-Kommission und  
Mitgliedsstaaten  
dieser Vorlage gefolgt, erneute Risikobewertung gänzlich überflüssig gemacht hätte.  
Mit dem  
jetzigen Beschluss sind zähe Auseinandersetzungen über eine erneute Zulassung in fünf  
Jahren  
vorprogrammiert. Auf Grundlage einer UN-Studie strebt unsere Fraktion im  
Europaparlament

27 derzeit eine Klage gegen die Rechtmäßigkeit des Beschlusses und die Einsetzung eines  
28 Sonderausschusses an, um am Ziel eines EU-weiten Verbots festzuhalten.

29 Die knappe, nur durch das Abstimmungsverhalten Deutschlands ermöglichte EU-weite  
30 Wiedezulassung zeigt: Wir haben starke Partner in anderen EU-Mitgliedsstaaten, die  
bereit

31 sind, den Weg in eine Glyphosat-freie Zukunft mitzugehen und eine Abkehr von dem  
beständig  
32 steigenden Pestizid-Einsatz auf Europas Äckern einzustehen. Auch die EU-Kommission  
steht mit  
33 ihrem Versprechen einer „pestizidfreien Zukunft“ vom 12. Dezember 2017 gegenüber  
der  
34 Europäischen Bürgerinitiative „Stopp Glyphosat“ im Wort.

35 Diesen Weg gilt es jetzt mit einem nationalen Verbote einzuschlagen. Frankreich und  
36 Österreich haben das bereits angekündigt. Auch in Deutschland wollen wir ein solches  
Verbot

37 erreichen. Die neue Bundesregierung wird sich gegenüber ihren Wählerinnen und  
Wähler an der  
38 Frage messen lassen müssen, ob auch sie dazu bereit ist. Als Grüne werden wir alles  
daran  
39 setzen, sie in diese Verantwortung zu zwingen.

40 Das massive Insektensterben duldet keinen Aufschub. Es gibt zahlreiche Studien, die  
die

41 industrielle Landwirtschaft als wesentlichen Treiber dieser Entwicklung ansehen. Seit  
1980

42 sind in Deutschland fünfundsiebzig Prozent aller Insekten- und rund die Hälfte aller  
43 Vogelbestände auf landwirtschaftlichen Flächen verschwunden. Eine Landwirtschaft, die  
ihre

44 natürlichen Ressourcen in solcher Art und Weise schädigt, ist nicht zukunftsfähig. Unser

45 Boden, unser Wasser und unsere Luft sind unersetzliche gemeinschaftliche Güter, die  
zu

46 schützen jede Regierung verpflichtet ist.

47 Deshalb fordern wir von der künftigen Bundesregierung,

- 48 • sich auf europäischer für eine Reform der Risikobewertung und  
Zulassungsverfahren für  
49 Pestizide einzusetzen. Diese müssen transparent, unabhängig von  
Industrieeinflussnahme  
50 und alle Risiken umfassend erfolgen.
- 51 • dem auf März 2018 verschobenen Verbotsvorschlag der EU-Kommission für drei  
52 Neonikotinoiden zuzustimmen und für eine Ausweitung des Verbots auf die  
gesamte  
53 Wirkstoffe-Gruppe einzutreten.
- 54 • in den 2018 anstehenden Reformen der EU-Pestizid-Gesetzgebung und  
Gemeinsamen  
55 Agrarpolitik (GAP) für starke Zielvorgaben und Instrumente zur Pestizid-Reduktion,

- 56 eine Bindung von Subventionen an ökologische Leistungen und zur Förderung der  
57 Artenvielfalt einzusetzen.
- 58 • ein umfassendes Monitoring-Programm über die Auswirkungen von Pestiziden auf  
59 die Umwelt, Artenvielfalt und Gesundheit von Mensch und Tier aufzulegen.
  - 60 • ihre nationalen Möglichkeiten für rechtsfeste Verbote und Auflagen zu nutzen, um  
61 besonders problematische Pestizide zügig vom Markt zu nehmen bzw. in ihrer  
62 Anwendung wirksam zu beschränken.
  - 63 • die am 13. Dezember 2017 auf EU-Ebene beschlossenen Kriterien zum Verbot  
64 hormonschädigender Pestizide national streng auszulegen und sich auf EU-Ebene  
65 für die Ausarbeitung geeigneter Leitlinien zur Identifizierung dieser Stoffe einzusetzen,  
66 die dem Schutz von Mensch und Umwelt gerecht werden.
  - 67 • Investitionen in Forschung und unabhängige Beratungsstrukturen zu tätigen, um  
68 Landwirte in der Umstellung auf Chemie-freie Anbaumethoden zu unterstützen.
  - 69 • Den Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz endlich als Instrument zur Minderung  
70 von Pestizidmengen, und dem Ausbau des nicht-chemischen Pflanzenschutzes zu  
71 nutzen.
  - 72 • den Ausbau des Ökolandbaus als Pestizid-freie und nachhaltigste Form der  
73 Landwirtschaft mit einem Förderprogramm im Umfang von einer Milliarde Euro  
über die nächsten sieben Jahre zu beschleunigen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Maximilian Fries (Düsseldorf KV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Stefan Schmidt (Regensburg-Stadt KV); Rebecca Harms (Lüchow-Dannenberg KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Erik Sachtleber (Kiel KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Ulrike Käthe Martha Ingeborg Sparr (Hamburg-Nord KV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Ilka Dege (Berlin-Pankow KV); Martina Feldmayer (Frankfurt KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Renate Künast (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Friedrich Ostendorff (Unna KV)